

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 207.

1914. Nr. 292. Zweite Ausgabe

Donnerstag, 25. Juni 1914.

Verlagsgesellschaft für die sächsische Provinz in Halle a. S. und den Umgebungen. Halle a. S., Marktstraße Nr. 11. Druck und Verlag von Otto Schiefel, Halle a. S.

Der Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals.

Kiel, 24. Juni. Heute nachmittag 1 1/2 Uhr lief die „Hohenzollern“ mit dem Kaiser an Bord von Brunsbüttelhof in die neue Holtzenauer Schleuse ein, um diese und damit zugleich den in seinen wesentlichen Teilen numer fertiggestellten Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals dem Betriebe zu übergeben.

Da wir die Rede des Staatsministers Delbrück zur Einweihung des Erweiterungsbaus zum Kaiser-Wilhelm-Kanal nur in einem Teile der gestrigen Ausgabe bringen konnten, so führen wir sie für unsere übrigen Leser noch einmal an:

„Der Kaiserlichen und Königl. Majestät werde ich alleruntertänigst, daß der Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals soweit fertiggestellt ist, daß die großen Kanalschiffe der Kaiserl. Majestät den Kanal fortan passieren können. Damit sind langwierige und lästige Arbeiten zum Abschluß gelangt, die den Kanal den Anforderungen der heutigen Zeit und, wie wir hoffen, der weiteren Zukunft anpassen sollen. Annähernd 30 Jahre sind vergangen, seit die Schiffahrtsstraßen zwischen Nord- und Ostsee von dem hochseligen Kaiser Wilhelm dem Großen begonnen wurde. Vor 19 Jahren konnte sie dem Verkehr übergeben werden. Damals aß man, daß die Entwicklung unserer Hochseefahrt in vorläufiger Zukunft eine durchgreifende Erweiterung und die Vervollständigung dieser Betriebsbedingungen erfordern würden, die fast einem Neubau gleichkommen. Das Profil des Kanals und die Abmessungen seiner Kanaltufen sind erheblich vergrößert. Die neuen Schleusen sind doppelt so groß als die alten, und die Schiffahrt hinter den Schleusen ist durch eine sichere Hochwasserwehr erleichtert. Die Hochwasserwehr, an deren Projektierung die Kaiserl. Majestät allerhöchster persönlicher Anteil genommen haben, konnte, wie diejenige bei Oranienhof, trotz der Erweiterung des Kanalprofils ohne den Bau neuer Pfeiler, erhalten bleiben. Durch die Einführung des elektrischen Betriebes und moderner Motore ist nicht nur die Sicherheit und Schnelligkeit des Kanalbetriebes erhöht worden, sondern auch die Verbesserung des Verkehrs über den Kanal von einem Ufer zum anderen und der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse in den angrenzenden Gemarkungen möglich geworden. Alles das ist nicht ohne Aufwand an Geld und Arbeitskraft in 7 Jahren erreicht worden und fertiggestellt worden, ohne daß die Wirtschaftlichkeit des Kanals auch nur für einen Tag in Frage gestellt gewesen wäre. Diese Arbeiten, deren Fortschritt die Kaiserl. Majestät unablässig mit regem Interesse verfolgt haben, verdienen die höchsten den Dank unserer Angehörigen, der Leistungsfähigkeit unserer Unternehmern, der Vortrefflichkeit und dem Eifer einer Beamtenstaffel aus fast allen deutschen Bundesstaaten, dem Fleiß und Gehalt der zahlreichen Arbeiterschaft, deren aller Vertreter die Kaiserl. Majestät heute hier zu sehen die Gnade haben wollen.“

„So wird der Kanal den kommenden Geschlechtern ein Denkmal sein für das Können unserer Zeit; vor allem aber wird er Zeugnis ablegen von der Kaiserl. Majestät im vollenden Ruf für die Wehrhaftigkeit des Reichs und der Opferwilligkeit des deutschen Volkes, die noch nie verlangt hat, wenn es die Sicherheit des Vaterlandes gilt. Die Kaiserl. Majestät bitte ich alleruntertänigst die vollendeten Schleusen als Opfer zu durchfahren und damit den erweiterten Kanal dem Betriebe zu übergeben.“

Die Auszeichnungen bei den Einweihungsfeierlichkeiten bei Kiel.

„An den Einweihungsfeierlichkeiten bei Kiel nahmen ebenfalls teil: Prinz Heinrich von Preußen, Großadmiral v. Köster, Großadmiral v. Tirpitz, die in Kiel anwesenden Admiralskapitäne-Inhaber der Marine, Oberpräsident v. Sillow, Generalleutnant v. Quast, die Spitzen der Stadt Kiel und andere. Mit dem Kaiser kamen an Land sämtliche Herren des Gefolges, Admiral v. Goltdorff und Kapitän Karpf. Bei dem Durchschneiden des Bandes feierten die deutschen und die englischen Kriegsschiffe sowie die Besatzungen Salut. Die „Hohenzollern“ ging an ihren neuen Liegeplatz bei Bellevue. Während der Feier freuten mehrere Marine- und Wasserflugzeuge und das Fernsprekschiff „R. 3“ über der neuen Ostseeschleuse.“

Unterbilanz bei den Berliner Krankenheilen.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin, die weit über eine halbe Million Mitglieder hat, soll sich in beträchtlichen gebliebenen Schwereigkeiten befinden. Die „Deutsche Krankenheilen-Zeitung“ beschäftigt sich mit den Angelegenheiten in einem ausführlichen Artikel, in dem es u. a. heißt:

„Mit dem Ausschuss bekannt, daß die Kasse jüngst, um dem Drängen der auf Zahlung wartenden Gläubiger entgegenzukommen, einen Verpfändung von Wertpapieren zu einer halben Million Mark bei der Preussischen Seehandlung aufgenommen hat? Man lombardierte Wertpapiere, die von den früheren Käsern, der Wg. O. K., der K. A. der Marine und der K. A. der Schneider, bei der Verpfändung übernommen wurden. Es laufen Gerüchte um in Kreisen, die ernst genommen sein wollen, von einer Unterbilanz in Höhe von fünf Millionen Mark. Wir halten sie für übertrieben. Es wäre aber an der Zeit, daß der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse sich verpflichtet fühlt, dem Ausschuss einen Überblick über den Stand der Dinge zu geben.“

Kommerzienrat Simon, der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse, teilt zu dem Vorlesenden mit:

„Allerdings habe die Allgemeine Ortskrankenkasse ein Darlehen bei der Seehandlung aufgenommen, und zwar unter seiner vollen Zustimmung und eigener Vermittlung. Das Darlehen ist gegen Hinterlegung von Wertpapieren der Kasse des besagten Wertes von fünf Millionen Mark in Höhe von fünf Millionen Mark in Höhe von fünf Millionen Mark zu verpfänden. Es wäre aber an der Zeit, daß der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse sich verpflichtet fühlt, dem Ausschuss einen Überblick über den Stand der Dinge zu geben.“

Deutsches Reich.

Die „Million Zeugen“ der Sozialdemokratie.

„In der „Coburger Zeitung“ lesen wir zu diesem Thema u. a.: Solange es ungebildete, herlose, brutale Menschen gibt, wird auch das trübe Kapitel der Brutalitätsfälle — mögen diese von Vorgesetzten gegen Untergebene oder von sozialdemokratischen Streikenden gegen Arbeitswillige begangen werden — nicht geschlossen werden können. Alle menschlich fühlenden Staatsbürger ob auch die Sozialdemokraten, müssen diese erst noch bemerken — sind von Wächtern erfüllt gegen die Wächter, gegen die Soldatenführer. Darum wollen wir auch den, eine Million Zeugen habenden „Volksblat“ einige nennen, die befunden können, wie unglücklich brutal sie von einem Vorgesetzten behandelt worden sind, dem heute in der Coburger Sozialdemokratie eine führende Rolle zu spielen erlaubt wird.“

„Gener Obergrenze, dessen Partei die „Sonnenhöhe der Kultur“ in ihrem Füllhorn haben will, ist als Gefreiter der 7. Kompagnie des 3. Thüringer Infanterie-Regiments Nr. 71 erstens zu 5 Monaten, zweitens zu einem Jahr 5 Monaten, drittens zu drei Monaten, welche auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis zusammengezogen wurden, verurteilt und außerdem degradiert worden.“

„Warum? Er hatte erstens einem der deutschen Sprache nicht mächtigen Rekruten Quins — einen, der besondern Genuß der Sozialdemokratie sich erneuernden Willens — das Gesicht mit Gaspapier abgemischt, weil der Rekrut an seinem Gewehr einen Rostfleck hatte.“

„zweitens einen Musiker Meißner mit einem eisernen Rißstock und einem Knüttel in roherer Weise behandelt.“

„drittens an einem Soldaten eine Tat begangen, die — so sagte das Kriegsgericht — das Ehr-, Sittlichkeits- und Schamgefühl in unerhörtester Weise verletzten und Zeugnis von der Gemeinheit der Gefinnung des Verflagten geben.“

„endlich hatte er einen rekrutierten Musiker Klein Schmidt, der ein Geschwür hinter dem Ohr hatte, mit einem dicken Knüttel derart über den Kopf geschlagen, daß der so brutal Mißhandelte längere Zeit in Sagarz liegen mußte.“

„Der vom „Volksblat“, in dessen Preßkommunikation dieser Soldatenführer sich, u. gelehrt „Militarismus“ hat also alsbald nach Bekanntwerden dieser Grausamkeiten seine Pflicht getan und den Unhold, der heute ein ganzes Gemeinwesen unter seine Fuchtel zwingen möchte, unglücklich gemacht.“

Unterbilanz bei den Berliner Krankenheilen.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin, die weit über eine halbe Million Mitglieder hat, soll sich in beträchtlichen gebliebenen Schwereigkeiten befinden. Die „Deutsche Krankenheilen-Zeitung“ beschäftigt sich mit den Angelegenheiten in einem ausführlichen Artikel, in dem es u. a. heißt:

„Mit dem Ausschuss bekannt, daß die Kasse jüngst, um dem Drängen der auf Zahlung wartenden Gläubiger entgegenzukommen, einen Verpfändung von Wertpapieren zu einer halben Million Mark bei der Preussischen Seehandlung aufgenommen hat? Man lombardierte Wertpapiere, die von den früheren Käsern, der Wg. O. K., der K. A. der Marine und der K. A. der Schneider, bei der Verpfändung übernommen wurden. Es laufen Gerüchte um in Kreisen, die ernst genommen sein wollen, von einer Unterbilanz in Höhe von fünf Millionen Mark. Wir halten sie für übertrieben. Es wäre aber an der Zeit, daß der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse sich verpflichtet fühlt, dem Ausschuss einen Überblick über den Stand der Dinge zu geben.“

Kommerzienrat Simon, der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse, teilt zu dem Vorlesenden mit:

„Allerdings habe die Allgemeine Ortskrankenkasse ein Darlehen bei der Seehandlung aufgenommen, und zwar unter seiner vollen Zustimmung und eigener Vermittlung. Das Darlehen ist gegen Hinterlegung von Wertpapieren der Kasse des besagten Wertes von fünf Millionen Mark in Höhe von fünf Millionen Mark zu verpfänden. Es wäre aber an der Zeit, daß der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse sich verpflichtet fühlt, dem Ausschuss einen Überblick über den Stand der Dinge zu geben.“

Ein neuer Dekret der päpstlichen Konstitutional-Kongregation.

„Der „Königlichen Volkszeitung“ wird aus Rom gemeldet: Ein dieser Tage veröffentlichtes Dekret der Konstitutional-Kongregation erteilt Bestimmungen über das Verhalten italienischer öffentlicher Beamter nach dem 1. März 1914.“

„Es sind die gleichen Bestimmungen, wie sie für Frankreich durch die Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten gegeben wurden, und es ist sehr wahrscheinlich, daß ähnliche Regeln demnach für die übrigen öffentlichen Beamten aller Länder aufgestellt werden. Der öffentliche Beamte, bevor er sich als Kandidat zur Übernahme eines öffentlichen Amtes, sei es als Mitglied des Parlaments, als Provinzial- oder Stadtrat meldet, die Zustimmung hierzu des eigenen Bischofs und die des betreffenden Diözesanbischofs einholen, in dessen Bezirk er kandidieren will. In Frankreich hatte diese Bestimmung schon bestanden, indem er sich ohne Genehmigung seiner geistlichen Vorgesetzten als Deputierter, Stadtrat, Richter oder Abgeordneter und als Maire seines Ortes wählen ließ. Aus diesem Grunde ist er a. divinis suspendiert worden. Es ist bemerkenswert, daß diese Strafe angegeben ist für italienische Beamte, die das Gesetz übertreten.“

„Danach ist also zu erwarten, daß die geistlichen Mitglieder der deutschen Zentrumspartei, bevor sie eine Kandidatur zum Reichstage oder Landtage annehmen, erst die Genehmigung des Bischofs nachsuchen müssen.“

Weitere Behauptungen über Titlschacher.

„Der „Vorwärts“ veröffentlicht wiederum einen längeren Artikel über angeblichen Titlschacher; diesmal handelt es sich um Briefe von Verlonen in München und Nürnberg, die sich mit der Vermittlung namentlich des Titels „Kommerzienrat“ befaßt haben sollen. Sind die Briefe authentisch, dann wäre aus ihnen zu entnehmen, daß die Briefschreiber tatsächlich verurteilt haben, an sich geeignete Geschäftsleute persönlich oder durch Mittelsmänner an den zuständigen Stellen für die Verleihung eines Titels zu empfehlen, und für diese Vermittlung offenbar einen Teil der Gelder, die die titellustigen Herren zu allgemeinen Zwecken hergaben, als Provision in ihre eigenen Taschen zu legen. Schon daraus aber, daß die Briefschreiber wiederholt die Ungeduld ihrer Klienten beklagten, geht hervor, daß es sich lediglich um so glatte Geschäfte gehandelt haben kann, als der „Vorwärts“ glauben zu machen sucht. In zwei Fällen wird der Name des Oberbürgermeisters von Eßch genannt, der sich der titel-

